Sonnabend. — Nr. 286. — 6. December 1856.

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1½ Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

▽ **Berlin**, 3. Dec. Die englischen Blätter, welche seit einigen Tagen fast täglich Leitartikel über die Wahl Buchanan's und über die daraus hervorgehenden Auspicien gebracht haben, stimmen fast sämmtlich in der Anschauung überein, daß die Krisis der amerikanischen Verhältnisse einen günstigen Verlauf nehme, und geben sich der Hoffnung hin, daß alle Parteien nun wieder auf demselben Gleis sich vereint finden werden; im Uebrigen, setzt die Morning Post hinzu, könne England der aggressiven Politik der Union nicht eher hindernd entgegentreten, solange nicht englische Besitzungen durch dieselbe in Gefahr geriethen. Abgesehen von der Unbestimmtheit dieser Ansicht, wäre es besonders in Betreff des letztern Zusatzes weit klüger, wenn sich die englischen Blätter solange vollständig der Beleuchtung der amerikanischen Angelegenheiten enthielten, bis in denselben eine besondere Richtung ersichtlich wird, oder bis die englische Regierung sich zu bestimmten Maßregeln entschlossen hat. Die in der amerikanischen Politik hervortretenden Punkte sind die Sklavenfrage und die Territorialvergrößerung. Diese beiden Richtungen sind zwar vollständig ersichtlich; aber die englischen Blätter besprechen sie jetzt nicht in eindringlicher Weise, weil sie entweder glauben, diplomatisch mit dem strengen und richtigen Urtheil zurückhalten zu müssen, oder weil sie überhaupt nicht den Kern beider erkennen. Die Wahlagitation für Buchanan hat Europa eine tiefe Einsicht in die Gesinnungen der transatlantischen Parteien gewährt. Die Ultrasklavenpartei hat selbst alle Anstrengungen gemacht, uns über ihren Zweck, keinen freien Arbeiter im Gebiet der ganzen Union zu dulden, die verschiedensten Variationen im Munde ihrer Redner hören zu lassen. So feindlich ernst uns ein solches Spiel dieser Leute stimmen muß, so komisch klingt uns das für die Nothwendigkeit eines solchen angebrachte Argument: Griechenland und Rom, die beiden mächtigsten Republiken des Alterthums, hatten beide diese oft verdammte Institution der Sklaverei; dort gab es nicht freie Arbeiter. So soll es auch in Amerika sein; die Union ist der legitime Nachfolger Roms. Wie phantastisch und wie blödsinnig zugleich, wird jeder deutsche Secundaner rufen und sich freuen, daß er ein gutes Theil vor den südlichen Staatsmännern voraus hat. Diese Phantasterei ist die Folge jener jetzt leider auch in Deutschland platzgreifenden Ansicht: Man müsse nur soviel, als absolut nothwendig erscheine, lernen und dann seinem Erwerb an der Börse nachgehen. Für die Kenntniß der Geschichte muß dann ein kleines Compendium ausreichen — was kann dann aber der gereifte Mann leisten, wenn es von ihm heißt: „βοῦλαι δὲ μέσων", und er über Wohl und Wehe von Millionen zu entscheiden hat? Werfe ein jeder wahre und einsichtsvolle Mann dieselbe Frage sich auf: Darf es irgendwo Sklaven und Sklavenhalter geben? und wir sind überzeugt, daß er dann mit uns zu der Einsicht gelangen wird, die Sklavenfrage sei so zu formuliren: Soll die ganze Frucht des Christenthums, die Frucht aller unserer Kämpfe für die Verbreitung der Wissenschaft, die seit einem Jahrhundert gemachte Anstrengung aller Menschen, ein möglichst gleichartiges Wohlsein zu schaffen, zerbrochen werden? Der Kampf in diesem Jahrhundert ist ein anderer und bei weitem gewaltigerer, als er jemals gewesen. Die Anhänger der wahren Lehre versammeln sich jetzt nicht in Höhlen und sind nicht eine unterdrückte Partei; sie haben vielmehr ebenso viel Orte der Versammlung als es Hochschulen, Gymnasien und Akademien gibt, und ihre Bundestage begehen sie in Deutschland mit der Leopoldina, in England mit der British Association for the advancement of science. Die Anhänger der wahren Lehre brauchen ferner sich nicht aus sentimentaler Neigung für die Millionen in den Nordstaaten der Union zu begeistern, sondern in fester Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, ihr eigenes Interesse dort zu wahren, müssen sie sich gegen den Blödsinn erbärmlicher Phantasten erheben. Uns liegt über diese Frage eine Rede vor, welche Rufus Choate in Massachusetts am 28. Oct. hielt, der in aller Breite den Beweis liefert, daß auch dort bereits unter den Demokraten sich Stimmen gegen die Ultrapartei des Südens erheben. Dem Redner steht nicht der Fonds deutscher Bildung zur Seite, Eindringlichkeit ist daher nicht von ihm zu erwarten, und er hilft sich damit, seinen Zuhörern die Frage vorzulegen, ob die Ausdehnung der Sklaverei nothwendig sei? Damit ist viel gewonnen. Er erklärt sich ferner für die Nichtintervention in Kansas und spricht die Hoffnung aus, daß der freien Arbeit dann das Territorium gerettet werde. Eine andere bedeutungsvollere Stütze bietet uns eine der letzten Nummern der United States Gazette in Washington, indem sie darauf hinwies, daß Buchanan, wenn er nicht den von der Majorität der Bürger aufrechterhaltenen humanen Principien huldige, von einer unwiderstehlichen Gewalt weggefegt werde. Ein uns zugegangener Brief aus Neuyork theilt eine Antwort Fremont's an einen Bekannten, der ihn in Wallstreet traf, mit. Fremont sagte: „Vier Jahre sind für die Freiheit gewonnen. Mag Gott geben, daß Buchanan ein besserer Präsident sei, als ich hätte sein können." Dann schließt der Verfasser: „Das sind eines Washington würdige Worte; das Reich der Menschen ist zu Ende, das Reich der Principien hat begonnen."

Die Territorialvergrößerung ist recht eigentlich eine Frage für den Staatsmann. Nicht nur muß bei ihrer Betrachtung die Natur der von der Annexation zunächst bedrohten Territorien, sondern die in kaum sichtbarer Ferne nach ihrer Annexation in weitern Kreisen fühlbaren Folgen berücksichtigt werden. Die Namen Jefferson und John Quincy Adams, welche mit den ersten Annexationen der Union in Verbindung stehen, gehören nicht allein der Union, sondern der Welt umsomehr an, als sie der Politik der Union seit 1803 eine eigenthümliche Neigung und den politischen Tendenzen im Allgemeinen, sobald die Frage der Vergrößerung in den Vordergrund tritt, eine nicht abzuweisende Basis gegeben haben. Diese Neigung und Basis zugleich möchten wir die geographische Doctrin nennen. So paradox manchem Politiker diese Einführung einer neuen Figur auf dem politischen Schachbrete erscheinen mag, so sicher wird er sich doch von der Nothwendigkeit ihrer Aufnahme überzeugen, wenn er bedenkt, daß es sich hier nur um die Anerkennung des bisher fast nur als Ahnung ausgesprochenen Zusammenhanges der politischen Verhältnisse und der geographischen Lage eines Landes handelt. Wer möchte nun kühn genug sein, abzuleugnen, daß ein Staat, dessen Territorium unter einem von allen Klimaten gewobenen Himmel liegt und das eine ausgedehnte Küste mit unzähligen Häfen umsäumt, eine größere Mannichfaltigkeit von Interessen und damit eine glänzendere Entwickelung der verschiedenen menschlichen Fähigkeiten darbieten kann als der auf eine Fläche im Binnenlande ohne Häfen und unter Einer Zone beschränkte Körper. Von dieser Ansicht ist die ganze Union durchdrungen, und man muß es daher als eine trügerische Darstellung ansehen, wenn einzelne Redner des Nordens sich darin gefallen, ihre Staaten als unschuldig an diesem Drange nach Erwerbungen in der tropischen Zone darzustellen. Der Süden spricht diesen Hang klarer und rücksichtloser aus; aber der Norden hegt ihn ebenso wol, wie die Geschichte des Ankaufs von Louisiana unter Jefferson und der Annexation von Texas zeigt. Der Norden jubelte darüber, und der in Europa nie gehörte Ruf: Ganze Regionen des Pflanzenreichs und köstliche Klimate haben wir gewonnen! durcheilte die Union von den Fichten bis zu den Palmen. Es fragt sich nun, ob die Länder Centralamerikas, über deren Haupt das Schwert der Union hängt, nicht auf andere Weise ihrem zerrütteten Zustande entrissen und für den Welthandel nutzbar gemacht werden können. Die Annexation derselben an die Union brächte ohne Zweifel die Sklaverei und den Abschluß dieser Territorien gegen den Transit nach Asien mit sich. Hier liegt der Punkt, wo die Sklavenfrage und die Territorialvergrößerung zusammenlaufen. Ihre Berührung zwingt uns nun, an die oben erwähnten Worte der Morning Post zu erinnern, deren Unzeitigkeit gewiß Jedem einleuchtet. Alle Interessen scheinen sich zu vereinigen, um ein die Ausbreitung der Union nach dieser Seite hinderndes Verhalten zu verlangen. Selbst wenn es den Staaten freigestellt würde, sich über die Sklaverei selbst zu entscheiden, würde deren Einführung nach dem bisherigen Benehmen Walker's gewiß sein. Läßt man der amerikanischen Politik Raum, so verliert Europa Centralamerika, und dies darf es nicht verlieren, wenn die Staaten Europas nicht in eine drückende Abhängigkeit von der Union gerathen sollen. Ebenso müßten aber auch Alle dahin arbeiten, daß der Transit über jenen schmalen Continent so schnell als möglich hergestellt werde, bevor noch an die fernerliegende Frage der politischen Neugestaltung der Verhältnisse Centralamerikas gedacht wird.

Deutschland.

= **Aus Süddeutschland**, 4. Dec. Die englisch-französische Allianz besteht zwar noch, allein ungleich mehr aus vorerst noch zwingenden Gründen, als aus der Freiwilligkeit einer entente cordiale. Die Polemik zwischen der englischen und französischen Presse bewegte sich keineswegs nur auf der Oberfläche. Vor der Hitze dieses Zankes schmolz blos die Kruste, welche, unter einem höhern Machtgebot, unter dem Druck einer eisernen Nothwendigkeit, die Rußland gegenüber auf beiden Staaten gleichmäßig lastete, die alten Rivalitäten zeitweilig verdeckt hatte. In Frankreich wurde England besonders verübelt, daß dessen Presse dem Kaiserreich zumuthete, als Pfand für die Fortdauer der englisch-französischen Allianz den Grafen Walewski zu opfern und damit Lord Palmerston vor dem nächsten Parlament sicherzustellen. Ein Artikel aus Paris in der Allgemeinen Zeitung vom 22. Nov., der einer officiösen Kundgebung völlig gleichsieht, weist diese Zumuthung nachdrücklich zurück und zeichnet die gegenwärtige Situation überhaupt in einer Weise, die alle Beachtung verdient. Er wälzt insbesondere die Verantwortlichkeit auf England, falls „eine Erkaltung, die der Himmel verhüten möge, in den Beziehungen der beiden Mächte eintreten sollte, die vor kurzem noch so eng in einem denkwürdigen Kriege wie